

Beilage zu Nummer 140 der Volksstimme.

Samstag den 17. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 17. Juni 1916.

Lebensmittelversorgung im Landkreis Wiesbaden.

Auf Veranlassung der Arbeiter-Vertreter in den Gouvernements des Landkreises Wiesbaden fand am 2. Augustfeiertag, im Gewerkschaftshaus zu Wiesbaden eine Versammlung statt, zu der auch die Verwaltung des Konsumvereins und Umgegend eingeladen war.

Über die mangelhafte Lebensmittelversorgung im Landkreis wurde sehr geklagt, insbesondere aber festgestellt, daß veraltete Maßnahmen des Kreis-Ausschusses mit dazu getragen haben, daß heute die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung des Landkreises aber auch alles zu wünschen lässt. Einzelne Gemeinderäte machten die Verwaltung des Konsumvereins darauf aufmerksam, daß auch die Aktionen der durch den Kommunalverband belieferten konkurrierenden Waren nicht gerecht erfolgt. In einigen Gemeinden der Loden des Konsumvereins von der Belieferung dieser waren einfach ausgeschlossen mit der Begründung, der Konsumverein habe bisher Waren genug gehabt, während die Krammer schon monatelang ohne waren seien.

Das ist also der Dank dafür, daß der Konsumverein es in vorzülicher Weise verstanden hat, auch die Bevölkerung des Landkreises ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Als Entschuldigung für diese erfreuliche Tathandlung von einzelnen Bürgermeistern ver sucht, bei der Belieferung der Waren, die nur durch den Kommunalverband bezogenen können und die der Verein auch im freien Handel nicht haben kann, den Konsumverein einfach nicht sagend zu machen. Die Verwaltung des Konsumvereins wurde erstaunlich gegen diese Ungerechtigkeiten ganz energisch Front zu machen. Die Bevölkerung ist darüber empört, daß sie durch das Vorgehen einzelner Orts-Oberhäupter ihre Waren nicht mehr in ihrem eigenen Geschäft, dem Konsumvereinladen, kaufen kann, sondern gezwungen ist, den Bedarf bei irgend einem Arbeiter zu decken, von der gerechten Unterverteilung nicht zu reden.

In der fehlenden Zeit sollten solche Ungerechtigkeiten, die nicht sind, große Erregungen in der Bevölkerung heranzubringen, vermieden werden. Der Geschäftsführer des Konsumvereins, verhinderte, daß die Bevölkerung alle notwendigen Schritte einzuleiten, um den Herrn Vondrat, den Herrn Regierungsräten und eventuell auch das Ministerium auf diese vor kommenden Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen. Nach bisherigen Tätigkeiten der Konsumvereine auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung sollte man solche Konkurrenz eigentlich nicht für möglich halten.

Zur Frage der Milchversorgung.

In Berlin ist der Milchpreis von den agrarischen Milchproduzenten auf 20 Pfennig hinaufgedrückt worden. Infolgedessen wird Milch im Kleinhandel auf 34 bis 36 Pfennig kosten. Daraus ergibt sich eine Erhöhung in der Bevölkerung, und das mit Recht. Den Milchpreis in die Höhe zu treiben. Die Milchhändler sagen, daß sie mit dem gegenwärtigen Preis nicht auskommen, kommt, daß die Milchauflage immer knapper wird. Im Januar kostet die tägliche Aufgabe noch 90 000 Liter; in der Zeit von Februar bis heute ist diese Menge auf 80 000 Liter für den Tag zurückgegangen. Dagegen besteht eine bedenkliche Steigerung der Magazinauflage.

Die ist die Frage berechtigt: Ist eine Milchpreiserhöhung im Landkreis berechtigt? Hören wir, was darüber ein königlicher Landrat sagt. Er wirft die Frage auf, ob wir diesen und eventuell auch noch einen Winter durchhalten können. Wenn viele Landwirte, sagt er, ohne Festsitzung von Höchstpreisen für Milch resp. Milchprodukte im vorigen Winter auskommen glauben, so hatten doch viele Volksgenosse, die nicht zu schlechten unter ihnen Mitbürgern zählen, eine andere, wenn eine ihnen direkt entgegengesetzte Meinung. Und jetzt, in dieser

fruchtbaren Jahreszeit, sollte man da nicht zu hoffen wagen — wenn auch im stillen Klümpchen —, daß angesichts der wandernden Weideverhältnisse, angesichts der vorzüglichen Entwicklung der Butterprodukte, die Preise für Milch resp. Milchprodukte herabgesetzt werden können? Um ein Durchhalten zu ermöglichen, geht es ja nicht an, daß auf der einen Seite Wohlstand und demgegenüber bittere Armut herrschen und dabei Preise gezahlt werden müssen, die nicht mehr im Verhältnis zu den Produktionskosten stehen.

Da wie unter anomalen Verhältnissen leben müssen, darf auch kein Landwirt — ganz gleich, ob er Produzent oder nicht — ein Recht auf Butter besitzen, sondern muß vielmehr auch seinerseits dazu beitragen, daß die deutsche Landwirtschaft den Anforderungen der Zeit gewachsen sei. Gewiß wird die deutsche Landwirtschaft den heimischen Markt nicht ausreichend mit Butter und Milch versorgen können, da wir schon in Friedenszeiten auf das Ausland angewiesen waren.

Die deutsche Butterproduktion wird für gewöhnliche Zeiten auf 500 000 Tonnen geschätzt. Die Butterexporte beträgt 54 000 Tonnen, dazu kommt noch die gesamte Einfuhr von Nahm in der Höhe von 44 375 Tonnen. Erwartet sei, daß außerdem an Vollmilch und Margarine 32 810, an Hartfett 24 250, an Lardfett 20 000 Tonnen im Jahre 1913 eingeschlagen werden.

Angesichts dieser Statistik sollte es nur sein, daß ein Schlemmeulusrus wie Butterlaufer in dieser ersten Zeit ein offenkundiges Verbrechen an unserem Volkstum ist. Unsere Aufgabe sollten wir vielmehr darin sehen, fünfzig mehr als bisher an Butter zu produzieren, aber auch zu angemessenen Preisen. Auch und Landwirte sollte es nur sein, wie überhaupt jedem denkenden Menschen, daß die minderbemittelten Schichten unseres Volkes mit Fleisch rechnen müssen, um überhaupt durchhalten zu können. In dieser Situation kommt noch hinzu, daß alle Lebensmittel, besonders die, welche die minderbemittelten Schichten am häufigsten an ihrem Lebensunterhalt bedürfen, sich weiter um weitaus am meisten verteuern werden.

Dies gilt auch von der Milch, sowie von allen Milchprodukten. Die Milchprodukte zählen zu den Nahrungsmitteln, und als solche müssen sie bewertet werden. Ohne aus seiner Milch- und Butterwirtschaft erhebliches Rüben ziehen zu wollen, sollte sich jeder Landwirt vielmehr beschließen, diese Produkte nach Möglichkeit dem Volkstum zur Verfügung zu stellen.

Schon beide der kleinen Landwirte anfangen unter der Zeuerung der Futtermittel zu leiden, besonders diejenigen, die infolge ihres kleinen Landbesitzes selbst keine Futtermittel anbauen können und auf Kauf angewiesen waren. Daß diesen Leuten die Produktionskosten erheblich verteuert wurden, soll auch von mir nicht bestritten werden. Heute liegen die Verhältnisse aber anders für die größeren Grundbesitzer, die über Weiden, Wiesen oder ausgedehnte Fleesfelderwirtschaft verfügen. Das Grünfutter hat sich in diesem Jahre besonders gut entwickeln können, so daß Qualität und Qualität anstrebt, im anstrechenden Maße vorhanden ist. Die Landwirte haben in diesem Jahre ihren Viehhofgang ganz besonders früh auf die Weiden treiben können und können dadurch nicht nur mehr Milch, sondern auch bedeutender produzieren, als es sich durch die teure Stoffförderung ermöglichen läßt. Nicht alle Landwirte haben Weiden. Auch wenn recht wohl, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft sehr verschiedenartiger Natur sind und sein können; aber nichts anders als davon, daß die Produktionsverhältnisse sich anders, ganz anders gestalten haben, als im vorigen Winter. Auch die landwirtschaftlichen Betriebe, die keine Weiden, aber Wiesen haben, oder über ausgedehnte Fleesfelderwirtschaft verfügen, können dieses Grünfutter bei der Stoffförderung verwerten. Es liegt auf der Hand, daß unter den gegebenen Verhältnissen das Liter Milch zu einem Preis von 15 bis 20 Pfennig produziert werden kann. Ansonst dieser unumstößlichen Tatsache erforderet es die Berechtigkeit, daß nicht nur die Milchpreise, sondern auch die übrigen Milchprodukte im Preise herabgesetzt werden von den Landwirten resp. von den Milchereien.

Achtung, Unterkünneter der Partei! Am Sonntag den 18. Juni werden die Beiträge für die Partei fällig. Die Abrechnung mit dem Kassierer erfolgt am Dienstag den 20. Juni, abends von 8½ Uhr ab, im Gewerkschaftshaus.

Lebensmittel-Versorgung. Der Magistrat veröffentlicht im Anzeigenteil eine Bekanntmachung über die Lebensmittelversorgung, die wir der Beachtung unserer Leser empfehlen.

Vollsortierungen im Königl. Theater. Die erste vollsortierte Vorstellung findet am Montag den 19. Juni, abends 7 Uhr, statt. Zur Aufführung gelangt „Der Freischütz“. Die nächsten Vorstellungen beginnen am Donnerstag den 22. Juni in der Reihenfolge wie in der Tagespresse bekannt gegeben wurde. Die Eintrittskarten in beschränkter Zahl sind vom

well wir dadurch Denken und Handeln des Volkes besser verstehen und richtiger deutstellen lernen. Wie notwendig die Beschäftigung mit dem Überglouben ist, kommt dem Kriminalbeamten oft zum Bewußtsein; denn der Überglouben ist nicht selten die Ursache von Verbrechen und Verbrechen sind vielfach begleitet von übergloublichen Handlungen. Es sei hier nur an den „Wächter“ der Diebe, an das „Abschöpfen der Meineidigen“, das Krankeben, das Verwirren, an den Blutüberglouben usw. erinnert, alles Anschauungen, die im Volle noch statt würzeln. Die Volkskunde hat in dieser Beziehung der Kriminalität schon viele wertvolle Dienste geleistet, sei es, daß sie Verbrechen aufdecken sei es, daß sie die Motive aus dem vollständlichen Anschauungen heraus erklären half.

Es handelt sich aber nicht nur darum, die übergloublichen Anschauungen kennen zu lernen, auf denen ein Verbrechen beruht oder von denen es begleitet wird, sondern auch die Instrumente, mittels deren ein Verbrechen ausgeführt wird, wie z. B. Waffen, Einbruchsgewänder, Schuhmittel, Amulette u. dergl., oder die Dinge, die Gegenstände des Verbrechens sind, z. B. Rüstungen von Geld, Wertpapieren, Kunstwerken, zu sammeln. Aus diesem Grunde sind im Ausland schon vor Jahren besondere Kriminalmuseen angelegt worden. Auch in der Schweiz sind da und dort kleine Sammlungen entstanden, die namentlich den Zweck haben, den Organen der Polizei als Instrumentarium zu dienen. Aber diese Sammlungen werden zu wenig konsequent angelegt und bleiben, weil sie sich auf ein kleines Gebiet beschränken, zu lädenheit, als daß Wissenschaft und Praxis dadurch wesentlich gefördert werden könnten.

Das brachte die Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde auf den Gedanken, eine schweizerische Sammlung für kriministische Volkskunde ins Leben zu rufen, in der alle zu Verbrechen verwendeten oder damit in Verbindung stehenden Gegenstände vereinigt würden. Diese Sammlung soll natürlich keine „hohe Schule“ für Verbrechen sein, sondern nur Kriminalbeamten und Forschern für wissenschaftliche Studien zugänglich sein. Sie würde aber mit der Zeit ein Material vereinigen können, das für die Kriminalistik und die Ethnologie von grundlegender Bedeutung ist. Mit der Sammlung von Gegenständen sollte unbedingt eine systematische Aufnahme der Tätersicherungen Hand in Hand geben; denn die hohe Bedeutung dieses für die Beurteilung des Verbrecherprofs ist längst anerkannt.

Die Gesellschaft für Volkskunde hat sich in einem Kundgebungen an alle schweizerischen Polizeidepartemente gewandt und sie erfuhr, ihr solche Gegenstände und Aufnahmen zuzuweisen. Sie hat fast durchweg prinzipiell anerkannte Antworten erhalten, die zu der

Montag den 19. Juni vormittags ab im Gewerkschaftshaus zu haben.

Eine Enteignungsfrage. In der Enteignungsfrage zur Anlegung einer Schutzzone für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Wiesbaden im Rahmen und demgegenüber befindet sich auf der einen Seite Wohlstand und demgegenüber bittere Armut herrschen und dabei Preise gezahlt werden müssen, die nicht mehr im Verhältnis zu den Produktionskosten stehen. Da wie unter anomalen Verhältnissen leben müssen, darf auch kein Landwirt — ganz gleich, ob er Produzent oder nicht — ein Recht auf Butter besitzen, sondern muß vielmehr auch seinerseits dazu beitragen, daß die deutsche Landwirtschaft den Anforderungen der Zeit gewachsen sei. Gewiß wird die deutsche Landwirtschaft den heimischen Markt nicht ausreichend mit Butter und Milch versorgen können, da wir schon in Friedenszeiten auf das Ausland angewiesen waren.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Biebrich, 16. Juni. (Meldungsagabe.) Morgen Samstag nachmittags von 2 Uhr ab und erforderlichenfalls Sonntag vormittags vor der Mittagszeit wird in den bekannten Metzgereien, sowie in der städtischen Lebensmittelstelle, Kaiserstraße 10, Fleisch ausgetragen. Es ist genügend Fleisch vorhanden, sodass jeder die am Dienstag empfohlenen Sorten einführen kann und zwölf zu einer Zeit, die ihm gerade am besten steht. Ein Andrang an den Verkaufsstellen ist also durch nichts begründet. Die in dieser Woche etwa nicht eingeführten Sorten verlieren ihre Gültigkeit und sind im Rathaus, Raum Nr. 20, abzugeben. — Errichtung einer Wiese für Biebrich steht bevor. Von Interessenten ist bereits ein Betrag von 50 000 Mark eingespendet worden. Als Voraus kommt das Volkswohlebdende in der Kaiserstraße in Frage.

Erbach, 16. Juni. (Von der Straßenbahnen überfahrt.) Als am Donnerstag vormittags das Dienstmädchen des Milchhändlers Werten in der Oberen Wiesbadener Straße mit einer Flasche Milch vom Milchwagen abgesprungen war, um diese in das gegenüberliegende Haus zu bringen, wurde es von einem von Erbach kommenden Wagen der Elektrischen gefangen, zu Boden geworfen und ein Stück mitgeschleift. Es trug außer Verletzung der linken Hand eine Quetschung des linken Beins davon. Eine Spenderin des hiesigen Krankenhauses und ein Sanitäter legten einen Kompressionsverband an. Den Wagenfahrer soll keine Schuld treffen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Wildabschuss und Wildschaden.

Schon im vorigen Jahre, als noch kein Mensch an die jetzige Fleischknappheit dachte, ist von vielen Seiten auf den Wildschaden hingewiesen worden, auf die Notwendigkeit, diesem Schaden durch verstärkten Abschuss Einhalt zu bieten, und auf die dadurch gleichzeitig erhöhte Möglichkeit, die vorhandenen Fleischvorräte zu „strecken“. Leider haben diese Anregungen nur bedingten Erfolg gehabt. Inzwischen ist an die Stelle des Neubrusses an Fleisch, den man bis zu allzu lange Zeit gewährt und verzehrt, los, der Mangel geht. Dem Mangel an schlachtreisem Vieh und Fleisch steht aber zu gleicher Zeit eine höchst bedauerliche und auf den ersten Blick unerklärliche Knappheit an Wild gegenüber. Zweifellos entspricht der Abschuss,

Hoffnung bereistigen, daß mit der Zeit in allen Kantonen die nötigen Gesetze oder Reglemente erlassen werden, welche die Verhinderung an die „Sammlung für kriministische Volksfunde“ ordnen.

Für einen Nickel Gesicht!

In der Metropoltheater-Passage zu Berlin steht ein Schauautomat. Feldgrauen Däumlinge liegen in Unterland und Schuhengräben gegen blau besetzte und rot besetzte Grangösslein, die eine Festung verteidigen. Das Ganze ist tollerlich, und jeder Vorübergehende kann sich davon überzeugen, wie niedlich ein Welfenstein ist. Aber der Automat — sonst wäre er ja keiner — verspricht noch höhere Gewinne, denn an seinem oberen Ende trägt er einen niedlicheren Schlüssel und darüber hängt ein Schild, auf dem in großen Buchstaben zu lesen ist: „10 Pfennig Einwurf, dann beginnt das Gesicht.“

So ist in Berlin für alles gesorgt. Für 10 Pfennig kann jeder Mann seinen eigenen kleinen Krieg haben. Wird einen Rötel — er kann auch Eisen sein — in den Schlüssel, dann kommt auf einmal, wie der Berliner sagt, Leben in die Tüde; die Kanonen knallen ihre Stöcke los, und es wird gebauten, gestochen und geschossen, doch es ist eine Freude ist. Es dauert gar nicht lange, dann sind alle Kanonen tot und gesunken, die Deutschen marschieren in die Festung ein, und dann — sonst wäre es ja kein Automat — lehrt alles wieder in den alten Zustand zurück.

Das hübsche ist, daß die Geschichte immer wieder von neu beginnen kann. Wird nochmals einen Rötel in den Schlüssel, dann brüllen gleich wieder die Geschüre, es wird gebauten, gestochen usw. und zum Schluss ist alles wieder wie zuvor. Und so fort, so lange die Rötel reichen.

So ging's, konnte es noch lange gehen. In Paris gibt es gewiß auch so einen Automaten, denn der gute Geschmack im Kriege ist international. Nur ist es dort natürlich umgekehrt, dort werden die Deutschen erschossen und gefangen genommen — und dann lehrt alles wieder in seinen alten Zustand zurück.

Früher aber ging ein Herr durch die Berliner Passage, der gerade aus dem Schuhengraben gekommen war, beschaffte sich das Ding, und weil er vom Gelde her den besten Ton gewohnt war, schimpfte er über den lästerlichen Unzug. Weil er aber außerdem ein Journalist, also von Beruf wegen ein neugieriger Mensch war und für seine Zeitung darüber etwas schreiben wollte, wort er einen Rötel in den Schlüssel.

so sagt das „Berl. Tgbl.“, „trotz aller Bitten und Hilfesuchen nicht dem Nach des Möglichen und des Notwendigen. Die völlige Entblößung der großstädtischen Märkte von Wildbret aber ist vielleicht auch auf die Preispolitik zurückzuführen: bei den jüngsten Fleischpreisen verbraucht man auf dem sischen Lande das Wild lieber selbst, für den eigenen Haushalt, für die Arbeiter, ja selbst für die russischen und französischen Gefangenen, als daß man es zu dem verbülltmäßig billigen Preis in die Stadt schickt. Daneben hört man aber auch immer wieder den leicht widerlegbaren Einwand, daß es ein Jäger und ein Munition fehle. Zudem muß die Forderung nach verstärktem Abschluß schon deshalb wiederholt werden, weil tatsächlich der Wildschaden in diesem Jahre fast noch größeren Umfang anmutet, als im vorangegangenen.“

Noch uns gewohnte Mittelungen sieht die Sache so, daß die Jäger das erlegte Wild direkt an die Hotelbesitzer und Speisehausbesitzer verkaufen. Der Wildbeschädler wird als Mittelsperson übergehen. Warum wird das billiger Wildbret nicht der Allgemeinheit zugänglich gemacht? Das ist eine Frage, die wir schon oft aufgeworfen haben.

Gemeindewahlen im Großherzogtum Hessen.

Nach den im Großherzogtum Hessen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hat in allen Stadt- und Landgemeinden des Landes mit Ablauf des Kalenderjahres 1916 ein Drittel der Mitglieder der Stadtratsordneten- und Gemeindefolgen auszuscheiden und ist durch Neuwahlen zu ersetzen. Mit Rücksicht auf die im Felde stehenden Wahlberechtigten und auf den „Burgfrieden“ sollen die Erstwähler mit Genehmigung der Landstände bis nach Schluß des Krieges verschoben bzw. nur in solchen Fällen vorgenommen werden, in denen wegen Todesfällen u. dgl. die Wählbarkeitigkeit der betroffenen Kollegen in Frage gestellt ist.

Babenhausen, 19. Juni. (Unfall.) Die 28jährige Tochter des Schmiedemeisters Haupeltshofer geriet beim Holzabfahren unter den schwerbeladenen Wagen und wurde getötet.

Darmstadt, 19. Juni. (Von zwei weiteren Hinlangauflösungen) (Kriegsauslauf) der Zweiten Kammer gab die Frage der Fleischversorgung Anlaß zu einer eingehenden Debatte. Abg. Ulrich (Soz.) brachte dabei die hohen Spezialsätze zur Sprache, die auf das Vieh zu zählen sind. Der Redner war in der Lage, eine Quittung vorzulegen, die darin, daß auf zwei Männer nahezu 15 Prozent Spezia kamen! Weiter beanspruchte er den unüblichen Hin- und Hertransport zwischen einzelnen Ortschaften eines Kreises, die den Preis ganz unnötig erhöhen. Lebhafte erörtert wurde auch die Frage einer Landesfleischkarte. In der Mehrheit war man der Meinung, vorläufig von einer Landesfleischkarte abzusehen, solange noch keine hinreichenden Erfahrungen gesammelt seien. Am zweiten Berlauke der Verhandlungen trugen die Abgeordneten Rothkopf, Ulrich und Herdt starke Klagen über die R. G. G. (Zentral-Einkaufs-Gesellschaft) vor. Im besonderen brachte Abg. Ulrich (Soz.) Beschwerden von Offenbacher Bürgern über Lieferung von Eiern und Schweinefleisch durch die R. G. G. vor und verlangte ganz energisch Abhilfe. Schließlich kam noch die Frage der Oberversorgung zur Sprache, namentlich der Handel mit Obst, die Ausfuhr und die Preisreduktionen, die sich schon jetzt recht unverhältnismäßig bemerkbar machen. Dr. Sulda (Soz.) verlangt von der Regierung, die Festsetzung von Höchstpreisen mit Beschränkung des Öffens. Die Regierung glaubt, daß das auf Grund der Bundesratsverordnungen nicht mehr angegangen sei. Sie will dem Reichskriegsministerium diese Wünsche vortragen. Am Zusammenhang damit erörterte der Ausschluß auch noch die Frage der Ruh- und Wochenkennverwendung. Um Oel gewinnen zu können, sollte rechtzeitige Beschaffung dieser Ernte erfolgen. — In der Sitzung der zweiten Kammer vom 18. Juni wurde die Tier- und Kartoffelfrage lebhaft besprochen. Die Regierung erklärte, in einer Prüfung darüber einzutreten, ob für Eier nicht das in Württemberg praktizierte System des Ein- und Verkaufs von Staats wegen einführt werden sollte. Sodann kamen zwei Anträge Lang über Heimwege des Wildes und Wildschaden zur Debatte. Die Regierung versprach Abhilfe und erklärte weiter, daß die Jagdzeit allgemein für wildes Rotwild aufgeschoben werden sei. Im Kreise Erbach wurden Schußprämien ausgesetzt, erforderlichenfalls sollen auch Polizeireichsjagden angefechtet werden, wenn sonst nicht genügend Schwarzwild abgeschossen werden sollte. Der Ausschluß empfahl den Antrag dahingehend, die im Erbacher Landstrich verhandelten Jäger zum Abschluß dieses Wildes zu kommandieren. Die zweite Kammer wird Anfang Juli zu einer kurzen Sitzung zusammenkommen.

Bingen, 17. Juni. (Ein wichtiger Verbrecher), der schon lange gesucht wurde, ist nun endlich in der Person des Taxifahrers Vittroff aus Bayreuth festgenommen worden. Der Einbrecher, der in den verschiedensten Städten sein Unwesen begangen hat und nicht weniger als 122 Einbruchsfälle hinter sich haben soll, hatte sich in einem biederen Privathaus unter anderem Namen ein Zimmer gemietet. Er wurde beobachtet, als er einen in dem vermieteten Zimmer steckte.

Und nun geschah ein Wunder. Das Gesetz begann — nicht! Die Kanonen gingen nicht los, es wurde nicht geschossen, nicht gehauen und nicht geschnitten, nichts rührte sich. Rütteln, Fußtritte, alles blieb still.

Der Automat war kaputt! Ein Baumgast, der sich auf die kostlose Sensation gefreut hatte und nun tief enttäuscht war, wollte durchaus den Passagierwürter holen. Er befand auf seinem kleinen Krieg, den ein anderer bezahlt hatte, er wollte unter allen Umständen Blut sehen. Aber der Mordspender wehrte ab. Denn obwohl er ein Journalist war, also ein Mann, der von Berufs wegen nicht ein Wunder glaubt, war es ihm bei längerem Hinsehen so gewesen, als ob die Deutschen und die Franzosen einander auf einmal ganz freundlich anblickten. „Lassen Sie doch“, sagte er ganz ernst, „einmal muß ich es doch kommen.“ Sagte guten Abend und ging. (Ragdeh, Volksst.)

Ironien des Krieges.

Im „Midi Socialiste“, dem sozialistischen Tageblatt von Toulouse, steht man unter Datum vom 28. April: Er hieß 26.04. Israel und war revolutionärer Dichter. Er schrieb proletarische Lieder für die alte „Guerre Sociale“, in denen er mit großer lyrischer Begeisterung die Arbeiter für die Brüderlichkeit der Völker und für den Menschheitsfrieden begeisterte. Am Vorabend des Kriegsausbruches beteiligte er sich an der Friedensdemonstration des Pariser Gewerkschaftsbundes. Als aber Frankreich in Gefahr kam, niedergeschlagen zu werden, eilte er zu den Fahnen. Er kämpfte wie ein Löwe. Er wurde zweimal verwundet und kämpfte weiter, bis eine deutsche Kugel bei Verdun seinem Leben ein Ende mache. ... Er hieß Maurice Barrès und war Romantiksteller. Seit 25 Jahren predigte er die Revanche, den Nationalismus und den Antisemitismus; er gab Lecturen der Energie an die Studenten, die er jedes Jahr zum Grabmal des Kaisers (Napoleons I.) und zur Strasbourg-Statue führte. Er war Präsident des Bundes der Patrioten, und seine Freunde, seine Bewunderungen und auch seine Gegner zweifelten gar nicht daran, daß er als erster ins Feuer gehen würde. Er ging tatsächlich ins Feuer, aber doch nur in die Flammen, die von der Flamme des Théâtre Foucauld aus strahlten.

den Schrank gewaltsam erbrechen wollte. Schuhleute drangen in das Zimmer ein und übertrafen ihn, so daß er von dem Revolver, der griffbereit und scharf geladen auf dem Tische lag, keinen Gebrauch machen konnte. Vittroff, der das Eisernen Kreuz und die bayerische Tapferkeitsmedaille unberechtigt trug und auch unter dem Namen Höfli, Steinert, Hellwig und anderen „Gästspielen“ gab, hat auch durch raffinierte Verirrungen neben seinen vielen schweren Einbrüchen sich berücktigt gemacht und ist ein vielfach vorbestrafter Mensch.

Aus Frankfurt a. M.

Zur Lebensmittelversorgung.

Lebensmittelnot und Gewerkschaftsarbeit.

Gestern vormittag 11 Uhr empfing der Oberbürgermeister mit den Stadträten Meddach und Dr. Köhler die vorgesetzten vom Kartei gewählte Deputationen, die Genossen Dörsch, Weidner, Ulrich, Brenneke und den Reichstagabgeordneten Dr. Quardt, die die Beschwerden der Arbeiterschaft über die Mängel der Lebensmittelverteilung in mehr als einstündiger Besprechung vorbrachten.

Der Hauptantritt wurde seitens der Deputation darauf gelegt, daß der Magistrat die notwendigen ärztlichen Maßregeln meist erst zögern und verspätet ergreift und daß er namentlich die Verteilung nach gleichmäßiger bestimmten Portionen wie beim Brot erst so spät regelt. Als sie endlich bei der Butter eingeführt war, verschwanden die Kaufmünzstände. Und jetzt dauerte es bei Fleisch, Fett und Eiern wieder außerordentlich lange, bis man den erprobten Weg finde. Die schreitenden Münzstände vor den Fleischherden standen ausführliche Besprechung. Die Vertreter des Magistrats erwiderten, daß man sich eben bisher von der Notwendigkeit und Möglichkeit der gleichmäßigen Verteilung bei Fleisch, Fett und Eiern nicht habe überzeugen können, auch stark bedrängt behindert sei, daß das Reich und die R. G. G. keine sicheren Vorräte zur Verfügung stellen könnten, daß man aber jetzt mit der Regelung der Fleisch-, Fett- und Eierverteilung mit Kundenlisten und veränderlicher, aber gleichmäßiger Portion für alle beschäftigt sei, sodass die Neuordnung in circa 14 Tagen funktionieren werde. Größere Mengen von Gemüsen würden ebenfalls von der Stadt auf den Markt gebracht werden. Kartoffelkohlen mit Hilfe der Stadt durch den Handel, wobei die Deputation kritisch an der Beteiligung des Kartoffelrohhandels bei der Versorgung läuft. Die hohen Preise für Kartoffeln und Gemüse wurden eingehend erörtert und vom Magistrat darauf hinweisen, daß Höchstpreise für Gemüse sich praktisch nur durch das Reich schaffen ließen.

Nachdem die Deputation den Beschluss der letzten Kartellbildung mit den Einzelforderungen der Gewerkschaften überreicht und begründet hatte, ging man auseinander mit dem Eindruck, daß solche direkte Aussprachen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und einer vollständigen Lebensmittelorganisation immer von Nutzen sein werden, wenn die Behörden den Wünschen der schwäbenden Massen die Bedeutung beizumessen lernen, die ihnen wirtschaftlich und sozial gebürtig sind.

Regelung des Fleisch- und Eierverkaufs.

Endlich soll nun auch der Fleisch- und Eierverkauf eine andere und hoffentlich auch bessere Regelung erfahren. Noch dem Beispiel der süddeutschen Städten und einzelnen Städten soll nun auch in Frankfurt die Fleischkarte zur Einführung kommen und damit zu einer Rationierung der Fleischvorräte geschritten werden. Bis die Fleischkarte eingeführt ist, soll zunächst nach dem Muster der Butterverteilung eine Kundenliste aufgestellt werden. Die darüber zu erlassenden Bestimmungen besagen:

Jeder Haushaltungsvereinstand, der Fleisch oder Eier bekommt will, hat sich in der Zeit von Mittwoch den 21. bis einschließlich Montag den 26. Juni unter Vorlage des Brotausweises bei der für ihn zuständigen Brotkommission eine Bezugskarte für Fleisch und Eier zu holen und innerhalb der gleichen Zeit bei den von ihm gewählten Verkaufsstellen für Fleisch (entweder bei einem Kindsmesser und einem Schweinemesser oder bei einer Verkaufsstelle für Fleisch aller Art) und der von ihm gewählten Verkaufsstelle für Eier in die Kundenliste einzutragen zu lassen. Die Aushändigung der Bezugskarte wird von der Brotkommission im Brotausweis durch Stempelaufdruck vermerkt. Die Verkaufsstellen sind in den angegebenen Tagen zu den üblichen Geschäftsstunden für die Anmeldung offen zu halten. Ein Unterschied nach der Einkommensgrenze findet bei der Eintragung in die Kundenliste nicht statt.

Eine Verkaufsstelle darf nicht mehr als 800 Kunden annehmen. Für größere Eier-Spezialgeschäfte kann das Lebensmittel-Amt die Kundenzahl auf 1200 erhöhen. Haushaltungsvereinstände, die infolge dieser Beschränkung bei einer für sie geeigneten Fleisch- oder Eierverkaufsstelle nicht mehr angenommen werden können, werden vom Lebensmittel-Amt einer Verkaufsstelle zugewiesen. Sie haben sich, soweit es sich um Fleisch handelt, bei der städtischen Fleischverteilungsstelle, Deutscherrnstr. 29, soweit es sich um Eier handelt, beim Lebensmittel-Amt, Eier- und Butterabteilung, Mainzstr. 53, zu melden.

Die Lebensmittelkarte.

Nach einer Mitteilung des Gewerbeamts wird die neue Lebensmittelkarte voraussichtlich vom 10. Juli ab zur Ausgabe kommen, und zwar gleichzeitig mit der Ausgabe der neuen Lebensmittelausweise. Dabei werden dann auch die bei der Aufnahme vom 29. Mai festgestellten Vorräte zur Anwendung kommen. Die Magistratsverordnung bestimmt, daß der Bezug der einer Beschränkung durch die Karte unterworfenen Lebensmittel allen denjenigen unterliegt, die zu Beginn der Geltungsperiode jeder Karte mehr wie das Doppelte der ihnen für 14 Tage zustehenden Lebensmittel in Vorrat haben. Überschreitung dieser Vorschrift steht unter Strafe. Entsprechend dieser Vorschrift werden aber auch von den am 29. Mai bei den Haushaltungen festgestellten Vorräten nur diejenigen angerednet werden, welche die bis dahin abgelaufenen drei Perioden als verbraucht anzusehen sind und die am 10. Juli als Vorrat auslösige Menge, also zusammen das fünffache der für eine Periode aufstegenden Menge überschreiten.

Mit der ab 10. Juli neu gültigen Lebensmittelkarte werden auch besondere Anzahlarten eingeführt werden für solche Personen, die sich länger als zwei Tage in einem Familienhaushalt hier aufzuhalten. Bis zu dieser Neuregelung sind die Brotkommissionen angewiesen, die jeweils Lebensmittelkarten als Zusatzkarten für solche Fälle zu verwenden.

Keine Brotpreiserhöhung.

In seiner gestrigen Sitzung hat das Lebensmittelamt beschlossen, der Eingabe der Bäcker und Brotfabriken nicht zuzugeben und keine Brotpreiserhöhung vorzunehmen. Doch wurde nicht verkannt, daß die Bäcker mit erhöhten Produktionskosten arbeiten müssen und deshalb soll noch erwogen werden, ob dem Wunsche nach Ermäßigung der Roggen- und Mehlpreise entgegen werden kann. Unsere Erachtung könnten sehr wohl die Gewinne der Mühlenfabrikanten wie auch die Vergütungen der Vermittler ermäßigt und damit eine Verbilligung der Produktionskosten für die Bäcker erleichtert werden.

Zur Fleischversorgung der Stadt Frankfurt a. M.

Wird uns vom Fleischhändlerverband für den Regierungsbereich Wiesbaden geschrieben: Die Belieferung der Stadt Frankfurt a. M. mit Schlachtwieh hat sich in dieser Woche in durchwegs befriedigender Weise durchführen lassen, sodaß die Fleischversorgung der hiesigen Bevölkerung für die nächste Woche in der von der Reichskleinfleischstelle festgesetzten Höhe geführt. Es sind an die hiesige Wehr zur Verteilung gekommen 25 Stück Großvieh, 942 Kälber, 202 Schafe und 796 Schweine. Bei den Kindern fehlen an der vorgesehenen Zahl zwar noch 25 Stück. Der Ausfall ist jedoch durch 270 mehr gelieferte Kälber reichlich aufgewogen, zumal es sich hierbei um hannoverische Mostkälber vorzüglicher Qualität handelt. Zu Schafen kommt zum ersten Male die vorgesehene Zahl im vollen Umfang zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wie die Verförderung mit Schweinefleisch in der nächsten Woche etwas reichlicher ausfallen als bisher. Neben 526 durch den Fleischhändlerverband gelieferten Schweinen sind 260 Stück an Grund von besonderen Mostverträgen der Stadt aus der Umlauf Hannover unmittelbar zugegangen.

Trotz dieser reichlichen Fleischversorgung war auch heute an vielen Stellen kein Fleisch zu haben, weil die Wehr zuerst ihre Rundschau verloren hatten. Der Wehrchef Oederwas und Rabitschke, möchte den Laden überhaupt nicht auf, andere Wehrhäuser haben ihn wieder um 14 Uhr. Diesem Missstand der Bevorratung einzelner kann nur abgeholfen werden durch Nationierung und Fleischkartenausgabe.

Schwiedelhofe Angebote. Der Wehrchef eröffnete die Sitzung mit der Begrüßung der Firma der Lebensmittelbranche hat an die Marineministerial in Kiel telegraphiert folgendes Angebot gerichtet:

Können jedes Quantum fetten Speck, Brotfleisch, Hinterwinken, alle geräucherte, frische Meiereibutter liefern, wenn Interesse erhält Antwort. Die angestellten Ermittlungen haben, was zu erwarten war, ergeben, daß die Firma nicht in der Lage ist aus nur einen einzigen Lieferanten solche Waren einwandfrei nachzuweisen. Nach beständiger Auseinandersetzung ist ihr Verhalten durchaus verdeckt und auf Erlangung eines beobachtlichen Auftrages zum Durchbruch unläuterer Machenschaften berechnet. Ich werde künftig Geschäftsbüro, die mit derartigen schwulden Mithilfe arbeiten, mit den schärfsten Maßnahmen vorgehen und den Namen öffentlich an den Pranger stellen.

Gerichtssaal.

Frankfurter Strafammer.

Das Ende des Stellwinks. Auf das Heimzugesuch zum Mädelchen hatte sich der 28jährige Stellner Jakob Stein gemeldet. Er bekam Antwort, und es wurde auf den nächsten Sonntag ein Stellwink in den Anlagen verabredet, das recht stürmisch endete. Stein stellte Anträge, die von dem Mädelchen abgelehnt wurden. Aus Angst schlug er es braun und blau, und am andern Morgen lag er unter der Beobachtung eines schweren Verdrebens im Schloß und Riegel. Es wurde aber schließlich nur Anklage wegen Körperverletzung erhoben. Die Strafammer war der Meinung, daß Webschäfer einen solchen Erfolg nicht gemollt hätte und ihn auch nicht voraussehen konnte und ließ ihn mit acht Monaten Gefängnis davonkommen.

Das Auge aus. Nachts neigte sich auf der Alten Mainzer Seite ein Maurer mit seiner Biechten. Ohne Zug suchten zwei unbekannte sich eingezogen. Auf die Kluftforderung sie folgten ihrer Wege schwer, langte der eine, der Arbeiter Johann Weidner, mit dem Spazierstock noch dem Kopf des Maurers zu. Die Strafammer war der Meinung, daß Webschäfer einen solchen Erfolg nicht gemollt hätte und ihn auch nicht voraussehen konnte und ließ ihn mit acht Monaten Gefängnis davonkommen.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Samstag, 17. Juni, 7 Uhr: „Die rätselhafte Frau.“ Sonntag, 18. Juni, 7 Uhr: „Will und Wieber.“

Telegramme.

Langwierige Geheimforschung in Paris.

Paris, 16. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Die geheimforschende Geheimforschung der Kammer ist am Spätnachmittag Samstag fortgesetzt worden.

Mahnahmen gegen die Teuerung in England.

London, 16. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterischen Bureaus. Das Handelsamt hat einen Ausschuss ernannt, der die Aufgabe hat, daß Steigen der Lebensmittelpreise seit Beginn des Krieges zu untersuchen und Maßnahmen zur Besserung der Lage vorzuschlagen.

Englischer Tagesbericht.

London, 16. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Britischer Kriegsbericht. Letzte Nacht brachten wir bei den Steinbrüchen von Souchez und bei Guinchy mit Erfolg Minen zur Explorierung. Eine deutsche Mine explodierte bei Guinchy, richtete einen Schaden an. Heute zeigte die feindliche Artillerie nördlich des Kanals von La Bassée und im Vorprung von Poos mehr als gewöhnliche Tätigkeit. Nachmittags kamen unsere Schützengräben östlich von Billebeke kurze Zeit unter Beschuss.

Rheumatische und Nerven-

Jogal

Schmerzen werden mit Jogal-Tabletten rasch und dauernd bekämpft, selbst wenn andere Mittel versagen. Herzlich glänzend bezeugt. In Apotheken zu Wf. 1.40 und Wf. 2.50. Dose: 600 Acid. acot. salic., 408 Chinin tam., 17.6 Lith. cit., 6.6 Amyl. n. 500. Superoxyd et. alie.